



Diese Woche:

Seite 2 :
Familiennachzug abge-
schafft

Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Woche ging es turbulent in Berlin zu. Der offene Dissens zwischen der Bundeskanzlerin Angela Merkel und unserem Bundesinnenminister Horst Seehofer brachte eine große Unruhe in die CDU/CSU-Fraktion. Der Streit entzündet sich an der Frage, ob bereits in anderen EU-Staaten registrierte Flüchtlinge zukünftig direkt an der deutschen Grenze abgewiesen werden dürfen. Der Bundestag unterbrach seine Sitzung wegen des Asylstreits der Union für mehrere Stunden. Einen Kompromiss zu finden ist nicht immer einfach. Daher müssen wir Unionsintern in den kommenden Tagen an der besten Lösung für Deutschland arbeiten. Horst Seehofer vertritt mit seinem „Masterplan Migrati-

on“, die Haltung der CSU. Wir dürfen uns dieser wichtigen Frage nicht verschließen. Das Problem besteht bereits seit langem. Es ist an der Zeit, geltendes Recht anzuwenden.

Herzliche Grüße

Ihr



Seite 3:
Fußball-WM in Russland



Seite 4:
Praktikum im Deutschen Bundestag





Anspruch auf Familiennachzug abgeschafft

Der Bundestag debattierte am Donnerstag über den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge. Der Gesetzentwurf trägt klar eine christsoziale Handschrift und schränkt die Zuwanderung nachhaltig ein.

Seehofer stellt neues Gesetz vor

Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus sollen vom 1. August 2018 an in wenigen humanitären Fällen wieder Familienangehörige zu sich nach Deutschland nachholen können. Die Koalition aus Union und SPD hatte 2016 angesichts extrem hoher Asylzahlen beschlossen, dass subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre keine Angehörigen nachholen dürfen, um einen weiteren Ansturm zu verhindern. Subsidiär Schutzberechtigte sind Personen, die einen eingeschränkten Schutzstatus und in der Regel nur ein befristetes Bleiberecht haben. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte in seiner Rede am Donnerstagmorgen, es gehe um einen Personenkreis von rund 265.000 Menschen, die von der neuen Regelung profitieren könnten. Die Deckelung von 1.000 Personen monatlich sei sinnvoll und notwendig angesichts der begrenzten Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Daher stelle der Gesetzentwurf eine sehr gute Lösung hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit, der humanitären Verpflichtungen und der Interessen der Schutzbedürftigen dar. Um einem Missbrauch vorzubeugen, gebe es Regelungen, um den Nachzug von Gefährdern und Straftätern zu unterbinden. Gleichzeitig wolle man Anreize verhindern, dass Minderjährige von ihren Eltern nach Deutschland geschickt werden, um später ihre Familien nachzuholen. Seehofer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für härtere Strafen für Schlepper aus.



Die CSU im Bundestag setzt sich mit ihrem klarem Kurs durch

Kritik an der zukünftigen Regelung kam von Seiten der Linken, den Grünen und vom Anwaltsverein. Es bleibt jedoch dabei: Dieses Gesetz ist ein Meilenstein für weniger Zuwanderung und mehr kulturelle Stabilität in Deutschland. Dem Plan der SPD, auch Gefährdern den Familiennachzug zu ermöglichen, hatte die CSU von Beginn an eine klare Absage erteilt. Schlussendlich mussten die Genossen nachgeben. Gefährder werden somit zukünftig vom Familiennachzug ausgeschlossen.





Zur Fußball-WM in Russland Brücken bauen und Orte der Begegnung schaffen

Sportliche Großereignisse können den politischen Dialog neu beleben

Gestern begann die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland. Rund 3,2 Milliarden Menschen weltweit werden sie im Fernsehen anschauen. Gleichzeitig steht das Gastgeberland in der Kritik – wegen des Militäreinsatzes in Syrien, der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim oder dem Staatsdoping bei den Olympischen Winterspielen 2014.

Trotz dieser Probleme hält die Unionsfraktion einen Boykott aus sportlichen oder politischen Gründen für unangebracht. Boykotts laufen in der Regel ins Leere und bewirken selten ein Umdenken. Mit sportlichen Großereignissen können wir indes Brücken bauen und Orte der Begegnung schaffen. Gerade, wenn die internationalen Beziehungen angespannt und die Positionen verhärtet sind, sollten wir den intensiven Austausch suchen.

Die Freude auf den sportlichen Wettbewerb ändert allerdings nichts an unserer grundsätzlichen Kritik am Verhalten Russlands in bestimmten politischen Fragen. Wir werden nicht müde, die Missstände und politischen Irrwege der Führung in Moskau anzusprechen, uns für Freiheit und Demokratie einzusetzen oder die Verwirklichung der universellen Menschenrechte einzufordern.

Die deutsche Nationalmannschaft steht für Weltoffenheit, Integrität, Fairness und Toleranz. Die Fußballer setzen sich nicht nur für ihre sportlichen Ziele ein, sie verkörpern auch genau diese Werte, wenn sie auf dem Platz stehen. Das deutsche Team repräsentiert damit unser Land in bester Weise und stellt sich geschlossen gegen Diskriminierung, Nationalismus oder Rassismus.



Endlich Durchbruch bei Brückenteilzeit

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts beschlossen. Dazu erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Stephan Stracke, MdB:

„Die CSU steht für eine familienfreundliche Arbeitswelt, die Eltern Flexibilität, Aufstiegs- und Qualifizierungschancen bietet. Familie zuerst, das ist unser Anspruch. Dazu zählt, dass der Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit und umgekehrt für Frauen und Männer einfacher möglich sein muss. Das war eine zentrale

Forderung in unserem Bayernplan, mit dem wir im vergangenen Jahr in die



Bundestagswahl gezogen sind. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich den heute beschlossenen Gesetzentwurf. Nach zwei Koalitionsverträgen und mehreren erfolglosen Anläufen des

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales liegt endlich eine Diskussionsgrundlage für die parlamentarischen Beratungen vor. Die CSU steht dafür, gemeinsam mit der Wirtschaft familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Deshalb bin ich froh, dass auf den letzten Metern die berechtigten Einwände der Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Beweislastumkehr beim Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit in der Gesetzesvorlage aufgegriffen worden sind. Die arbeitsmarktpolitische Vernunft hat sich durchgesetzt. Die Politik der Sozialdemokraten mit dem Kopf durch die Wand ist gescheitert.“



Einblick in die die Arbeitsweise des Bundestages

In den vergangenen zwei Wochen absolvierte Kathrin Fuchs ein berufsorientierendes Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro. Sie bekam einen Einblick in die Arbeitsweise eines Bundestagsabgeordneten während der Sitzungswochen. Zudem nahm sie an Plenardebatten sowie auch an den Arbeitsgruppen- und Arbeitskreissitzungen teil.

Während der Zeit lernte Frau Fuchs ebenso die Tätigkeiten der Büromitarbeiter kennen und unterstützte sie tatkräftig vor allem bei der Ausarbeitung politisch relevanter Themen.

Ich denke, Frau Fuchs nimmt jede Menge Eindrücke aus dem Deutschen Bundestag mit in den Wahlkreis und kann die gewonnen Erkenntnisse auch während ihres Politikstudiums ab Oktober anwenden. Ich wünsche ihr für ihren beruflichen und politischen Werdegang alles Gute.



Koalition investiert in die Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten

Am Mittwoch, 13. Juni 2018, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Einzelplan des Bundesministeriums der Verteidigung für das Haushaltsjahr 2018 beraten. Hierzu erklärt der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Dr. Reinhard Brandl:

Dr. Reinhard Brandl: „Wir brauchen eine einsatzbereite und attraktive Bundeswehr in Deutschland. Um die tiefen Spuren des jahrzehntelangen Sparkurses zu beseitigen, müs-

sen wir wieder stärker in Material und Personal investieren. Das sind



wir unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig. Der heutige Beschluss, 17 Millionen Euro zusätzlich für die

Beschaffung von Nachtsichtbrillen bereitzustellen, trägt zur Verbesserung ihrer Ausrüstung bei. Ebenso wie die Erhöhung des Vertragsbudgets der Bw Bekleidungsmanagement GmbH um 273 Millionen Euro bis 2020, der wir heute zugestimmt haben. Darüber hinaus haben wir den Weg für die Bundeswehr frei gemacht, die Aufklärungsdrohne HERON TP zu leasen.“



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de